

Inhalt

2019-10-22 Newsnet / Tages-Anzeiger	«Viele SVP-Sektionen waren zu träge»	2
--	--	---

«Viele SVP-Sektionen waren zu träge»

Im exklusiven Interview erklärt Christoph Blocher die Wahlniederlage der SVP. Schuld ist etwa der «Klimahype» – aber nicht nur.

Beni Gafner | Fabian Renz

Herr Blocher, worüber haben Sie sich am Wahntag gefreut? Nicht über vieles. Zunächst natürlich über Persönliches: über die grandiose Wiederwahl unserer Tochter Magdalena Martullo. Es wurde mit grosser Taktik alles getan, dass sie abgewählt wird, sodass auch ich davon überzeugt war. Freude habe ich auch über die Wahl von Esther Friedli, der Lebenspartnerin von Toni Brunner. In Solothurn habe ich mich über das Resultat des mutigen Walter Wobmann gefreut. In Obwalden über die Wahl von Monika Rüeegg.

In Solothurn und Graubünden schnitt die SVP gut ab. Was haben diese Sektionen besser gemacht?

Das Tessin, Obwalden, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden kommen noch dazu. All diese Kantonalparteien haben eine ausserordentlich seriöse Arbeit mit Grosseinsatz geleistet. Viele andere Sektionen waren zu träge.

Welche Sektionen meinen Sie?

Betrüblich ist vor allem unser Abschneiden in der Westschweiz. Das ist ein Problem, welches die Parteileitung prioritär angehen muss.

Vor allem das gesamtschweizerische Ergebnis muss Sie betrüblich stimmen. Sie haben mit einem Wählerminus von fast 4 Prozentpunkten eine klare Niederlage erlitten.

Richtig. Zum Glück ist es weniger schlecht, als ich befürchtet habe. Auch habe ich nicht erwartet, dass alle Regierungsparteien verlieren werden. Die SP hat ihr schlechtestes Ergebnis eingefahren. Sie verlor im Kanton Zürich noch mehr als die SVP. Der Rückgang von FDP und CVP der letzten 20 Jahre hat sich leider fortgesetzt, obwohl sie sich angepasst haben. Aber ich prognostizierte für die SVP allein einen Einbruch von 10 Prozent.

«Weil die SVP standhaft geblieben ist, ist sie nun glaubwürdig.»

Das taten Sie wirklich?

Ja, das ist nicht aus der Luft gegriffen. Ich weiss, gegen Massenhysterien, die ja im gesamten Westen grassieren, ist im Moment nicht anzukommen. Ich hätte nicht gedacht, dass die SVP eine so starke Partei bleiben würde, wie sie nun immer noch ist. Die Verluste sind schlimm, aber nicht katastrophal: Die SVP gewann 2015 elf Sitze, jetzt hat sie wieder zwölf verloren und ist zum sechsten Mal in Folge die stärkste Partei geworden. Das muss zuerst einer nachmachen! Und wichtig: Weil sie standhaft geblieben ist, ist sie nun glaubwürdig. Das ist wichtiger als ein Wahlerfolg.

Trotzdem: Ihr Wähleranteil war seit 1999 nicht mehr so tief. Welche Lehren ziehen Sie aus dem Debakel?

Er war schon 1999 sehr hoch. Interessant: Vor allem die Standhaften wurden wieder oder neu gut gewählt.

Das heisst, die SVP muss wieder härter, oppositioneller werden? Nicht oppositioneller. Standhaft, das Mitte-links-Parlament ist noch linker geworden. Jetzt kommen dann die Gesetze mit

grossen Lasten für die Bürger, eine EU-Einbindung, mehr Migrationsprobleme, Verbote und Gebote, die nichts nützen. Daher sind Referenden unausweichlich – etwa gegen die stetig neuen Lohnabzüge, Steuererhöhungen, mit denen man alles Mögliche finanzieren will. Plötzlich sollen alle weniger Lohn und höhere Abgaben bekommen, nur weil einer, der Vater wird, zwei Wochen mehr Ferien hat! Das sind sozialistische Konzepte. Wer wehrt sich eigentlich noch für die Leute, die von morgens früh bis abends spät arbeiten?

Ihr Verhältnis zur Wirtschaft ist generell nicht mehr das beste, scheint uns.

Ich bin ein Mann der Wirtschaft. Aber in Grossunternehmen zeigt sich eine gewisse ordnungspolitische Dekadenz. Vor allem bei den Verbänden: Wenn es um Referenden geht, klagen sie über Überlastung. Hauptsache, alle anderen bezahlen! Ihre Aufgabe wäre, für weniger Staat und mehr Freiheit zu kämpfen. Weniger Regulierung und weniger Abgaben: Das ist das wirtschaftliche Gebot der Stunde!

«Ohne die SVP wäre die Schweiz heute Mitglied der EU.»

Die SVP hat in der letzten Legislatur doch einfach mit ihrer Macht wenig erreicht. Dabei hatte sie zusammen mit der FDP eine Ratsmehrheit.

Wir haben ein Mitte-links-Parlament, jetzt ist es noch etwas linker. Die SVP war in den letzten Jahren oft allein, aber trotzdem erfolgreich. Leider hat die FDP plötzlich mitgeholfen, das unselige Energiegesetz zu verabschieden. Aber ohne die SVP wäre die Schweiz heute Mitglied der EU, und mit unseren Volksinitiativen war die SVP sehr erfolgreich: Ausschaffungsinitiative, Masseneinwanderungsinitiative, Durchsetzungsinitiative.

Ihre Durchsetzungsinitiative war ein Flop.

Sie war ein gewaltiger Erfolg. Sie wurde lanciert, damit das Parlament die gutgeheissene Ausschaffungsinitiative nicht verwässert. Dieses Ziel haben wir erreicht, auch wenn bedauerlicherweise noch eine Härtefallklausel in das Gesetz eingebaut wurde. Darum haben wir dann die Initiative nicht zurückgezogen. Warum brennen bei uns keine Asylheime wie in Deutschland? Das ist der SVP zu verdanken, die den Asylmissbrauch verhindern will. Mutig, wenn auch undankbar.

«Im Mittelalter hat man den Untergang des Menschen in die Ewigkeit verschoben. Jetzt prognostiziert man ihn auf 2050.»

Foto: Dominique Meienberg

Das grosse Thema dieses Wahlkampfes war das Klima. Müssten Sie nicht langsam ernsthaftere Konzepte für dieses Problem entwickeln?

Das haben wir längst. Niemand hat etwas gegen ein gutes Klima oder eine saubere Umwelt. Aber es ist nicht nötig, deswegen die Menschen auszuhungern. All diese geplanten Steuern, Abgaben, Gebühren sind Programme für die Reichen. Die können es sich leisten. Aber nicht die Leute, die auf der Baustelle arbeiten, die auf das Auto und ihren Lohn angewiesen sind.

Die SVP machte sich über die «Klimahysterie» lustig. Glauben Sie wirklich, die Klimadiskussion werde gleich wieder verpuffen? Ich habe solche Hypes schon oft erlebt. Beim Waldsterben hiess es noch: Der Wald stirbt jetzt. Da konnte dann jedermann

feststellen, dass das nicht geschah. Im Mittelalter hat man den Untergang des Menschen in die Ewigkeit verschoben. Jetzt prognostiziert man ihn auf 2050. Wie damals gibt es auch heute Ablasszahlungen.

«Selbst wenn die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss auf null reduzierte, wäre der Einfluss auf das globale Klima minimal.»

Ihr Problem ist, dass Sie die Wissenschaft gegen sich haben. Halten Sie die menschengemachte Klimaerwärmung tatsächlich für Humbug?

Umwelt und Klima werden gezwungenermassen durch das weltweite Bevölkerungswachstum und den weltweit steigenden Lebensstandard belastet. Darauf will ja niemand verzichten. Aber selbst, wenn die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss auf null reduzierte, wäre der Einfluss auf das globale Klima minimal, aber alle wären dann verhungert.

Steht den Grünen Ihrer Meinung nach nun ein Sitz im Bundesrat zu?

An der bewährten Konkordanz ist festzuhalten. Das würde bedeuten, dass die Grünen jetzt einen Bundesratssitz auf Kosten der CVP erhielten. Doch ist ein einmaliger Erfolg genug? Was würde dann passieren, wenn die Grünen in vier Jahren wieder einbrechen? Die SVP war schon 1999 bezüglich der Wählerstärke weit über der CVP. Aber sie musste warten und wurde mit dem zweiten Bundesratssitz lange hingehalten. Klar, wird die wählerstärkste SVP mit ihren bewährten Ueli Maurer und Guy Parmelin wieder antreten. Für den anderen Teil muss sie jetzt Gespräche mit den andern Parteien führen.

Ein paar Personalien. Stichwort Albert Rösti – soll er als SVP-Präsident abtreten?

Nein, er leistet gute Arbeit. Er hat sich sehr für die Partei engagiert.

Ist er nicht zu nett, zu konziliant?

Wichtig ist, dass er auf Linie bleibt und die Partei zum Erfolg führt. Man kann ja auch nett auf der Linie bleiben.

Als die SVP im Frühjahr die Zürcher Kantonswahlen verlor, griffen Sie durch und wechselten die Parteileitung aus.

Die verlorenen Wahlen waren nicht der Grund, sondern lediglich der Anlass: Die Sektion war schon länger schlecht geführt. Das ist bei der Schweizer Partei nicht der Fall.

Stichwort Corrado Pardini. Der Gewerkschafter und SP-Nationalrat wurde abgewählt. Sie haben mit ihm oft zusammengearbeitet. Bedauern Sie seine Abwahl? Zusammenarbeit wäre zu viel gesagt. Ich habe wegen seiner Abwahl nicht geweint. Bemerkenswert finde ich, dass Akademiker und Salonsozialisten bei der SP Auftrieb haben und Gewerkschafter und Arbeitervertreter abgewählt werden.

Stichwort Roger Köppel. Soll er im zweiten Wahlgang nochmals als Zürcher Ständeratskandidat antreten?

Das ist zu prüfen, durch ihn und die Partei.

Konkret: Er schwächt den bisherigen FDP-Ständerat Ruedi Noser. Es bleibt gut zu überlegen. Hat man eine Chance mit dem besten Kandidaten Köppel, oder muss man sich mit dem kleineren Übel begnügen, Noser oder den Grünen? Und welches ist das?

«Wir wussten, dass Roger Köppel nicht gewählt wird. Aber er hat unsere Basis bei der Stange gehalten.»

Was halten Sie von Köppels Wahlkampf?

Der war hervorragend. Wir wussten, dass dieser brillante Kopf nicht gewählt wird, denn Ständeräte müssen eingemittete Politiker sein. Aber er hat unsere Basis bei der Stange gehalten. Darum haben wir besser abgeschnitten als erwartet. SP-Ständerat Daniel Jositsch hat für seine Partei das Gegenteil erreicht. Ihm ging es um sein persönliches Ergebnis, die Partei dagegen hat massiv verloren.

Stichwort Werner Salzmann. Ist er eingemittelt genug, um im zweiten Wahlgang Berner SVP-Ständerat zu werden?

Ja. Eingemittelt ist kein negatives Urteil. Es braucht beides.

Stichwort Wurm im Apfel. Ihr Wahlplakat gab viel zu reden – war es zu viel Provokation?

Es war ein ausgezeichnetes Plakat. Nur kam es zu spät. Es hätte ein halbes Jahr früher erscheinen müssen. Dann hätte es die volle Wirkung erzielt.

Mit der Themensetzung hatten Sie generell Mühe. Die Europa-Diskussion, die Sie entfachen wollten, zündete nicht. Alle Parteien haben beschlossen, nicht darüber zu sprechen. Sie wussten, dass sie bei diesem Thema verlieren, wenn sie ihre wahren Pläne bekannt geben. Und ihr Medien habt alle voll mitgemacht – alle zusammen.

Wenn eine Partei verliert, sind immer die Medien schuld.

Das habe ich nicht gesagt. Aber ihr Medien habt Europa und die drohende Wirtschaftssituation nicht aufgenommen. Die tiefe Stimmbeteiligung in unseren Hochburgen bereitet mir Sorgen. Eine gewisse Resignation zeichnet sich ab, und für viele Leute ist das Abstimmungsverfahren zu schwierig.

Ist die Partei vielleicht auch einfach zu wenig gut vorbereitet auf die Post-Blocher-Ära?

Unsere Partei ist sehr gut aufgestellt. Schauen Sie nur all die Frauen an. Die Geschäftsfrauen Sollberger und Martullo an der Spitze; Monika Rüeegg und Esther Friedli als Neue. Châpeau – ohne Frauenquote und Linksdrall.

Gewerbeverband steht vor einem Scherbenhaufen

Abwahl Jean-François Rime will seinen Posten als Präsident räumen.

Der Schweizerische Gewerbeverband geht arg geschwächt aus den Wahlen hervor. Direktor Hans-Ulrich Bigler: abgewählt. Präsident Jean-François Rime: abgewählt. Vorstandsmitglied Hans-Jörg Brunner: abgewählt. Peter Schilliger, Mitglied der Gewerbekammer: abgewählt. Vorstandsmitglied Ivo Bischofberger trat nicht mehr zur Wahl als Ständerat an. Ebenso Sylvia Flückiger-Bäni als Nationalrätin. Das Verdikt kann also nur heissen: eine vernichtende Niederlage für den Gewerbeverband.

Dort droht deshalb kein Stein auf dem anderen zu bleiben. Gestern verkündete Rime gegenüber



Aus dem Nationalrat abgewählt: Der Freiburger Jean-François Rime (SVP). Foto: Keystone

dem Portal Nau.ch, dass er spätestens auf nächsten Mai zurücktreten werde. Noch vergangene Woche meldete die NZZ, dass sich Jean-François Rime an seinen Sitz als Präsident klammert. Der Vorstand sollte diese Woche eine Altersklausel kippen, die Rime es verunmöglicht hätte, wieder als Präsident zu kandidieren.

Ob diese Altersgrenze nun doch abgeschafft werden soll, steht am Mittwoch zur Diskussion. Wenn es nach Casimir Platzer, Vorstandsmitglied des Gewerbeverbands und Präsident von Gastrosuisse, geht, ist dies aber müssig. «Die Frage nach einer Aufhebung stellt sich für mich nach diesem Wahlsonntag nicht mehr. Wir haben uns im Vorstand immer dahin gehend geäussert, dass der Präsident oder die Präsidentin des Verbands im Parlament sein soll», sagt Platzer. Nun gehe es darum, dass man so schnell wie möglich einen geeigneten Nachfolger, eine Nachfolgerin suche.

Ähnlich klingt es bei Andreas Züllig, ebenfalls Vorstandsmitglied und Präsident von Hotellerieuisse. «Wir werden die gebräuchliche Regelung, dass es jemand aus dem Ständerat oder

dem Nationalrat sein muss, kaum ändern», sagt Züllig. Innerhalb des heutigen Vorstands ist nur noch Daniela Schneeberger im Parlament. Anders sehe die Situation bei der Direktion aus. Dort müsse die Leitung nicht unbedingt im Parlament sein. «Der Gewerbeverband ist keine Partei, sondern muss die Interessen der Wirtschaft unabhängig von der Parteipolitik vertreten», sagt Züllig, der die Wahl in den Nationalrat knapp nicht geschafft hat.

Ein Gewerbevertreter, der wiedergewählt wurde, ist Alois Gmür. Er kritisierte die Abschaffung der Altersquillotine vergangene Woche scharf. «Nun hat auch das Volk seinen Willen gezeigt: Es muss etwas passieren an der Spitze des Verbands», sagt Gmür. Es bestehe nun die Chance, dass sich der Verband verjüngen. Dabei sieht er anders als Züllig und Platzer keinen Nachteil darin, wenn ein neuer Präsident von aussen deutlichere Worte wählen, als wenn man in den Parlamentsbetrieb eingebunden ist.» Eine Rücktrittsforderung an die Adresse von Bigler will Gmür allerdings nicht aussprechen.

Bei den Direktbetroffenen ist Wundenlecken angesagt. Rime sagt auf Anfrage zu seiner Abwahl: «Ich habe genug zu tun in meiner Firma. Jetzt kann ich alle Papiere wegschmeissen, das gibt Platz.» Bigler sagt: «Ich war jahrelang Direktor, ohne im Parlament zu sein, und mache deshalb weiter.» Was zu seiner Abwahl geführt habe, sei schwierig zu sagen. «Natürlich war ich als Direktor des Gewerbeverbands besonders exponiert», sagt Bigler. Bigler befürchtet mehr Regulation zulasten des Gewerbes. «Es wird eine schwierige Legislatur mit dem politischen Programm der Grünen. Sie werden auf Verbote und höhere Steuern setzen, welche dem Gewerbe das Leben schwermachen.» Notfalls müsse sich der Gewerbeverband deshalb auch den Einsatz des Referendums bei Vorlagen überlegen, die für die KMU nicht tragbar sind, so Bigler.

Nicht nur beim Gewerbeverband hat man übrigens Niederlagen zu verdauen. So schaffte es Swissmem-Präsident Stefan Brupbacher nicht in den Nationalrat. Und der Präsident von Santésuisse, Heinz Brand, wurde abgewählt.

Philipp Felber-Eisele

Auch Gewerkschaften lassen Federn

Auf der Seite der Arbeitnehmenden stehen traditionell die Gewerkschaften. Diese zeigten sich am Sonntagabend selbstbewusst. Eine Legislatur für die Arbeitnehmenden – so titelte die Gewerkschaft Travailsuisse in einer ersten Reaktion auf den Ausgang der Wahlen. Was sie dabei geflissentlich weglässt: Ihr Präsident Adrian Wüthrich wurde abgewählt. Und damit nicht genug. Auch Corrado Pardini wird nicht mehr in Bern politisieren können. Er ist Mitglied der Geschäftsleitung der Gewerkschaft Unia. Und im Kanton Solothurn

musste ein profilierter Bahnge- werkschafter eine schmerzliche Niederlage hinnehmen: Philipp Hadorn wurde abgewählt.

Damit verbleiben zwar weiterhin Arbeitnehmervertreter in Bundesbern, wie etwa Edith Graf-Litscher. Doch gerade Pardini, Wüthrich und auch Hadorn prägten in ihren Gebieten den Diskurs und werden als Aushängeschilder in Zukunft fehlen. Trotz dieser klaren Niederlage heisst es vonseiten Travailsuisse, man werde sich als starke Stimme der Arbeitnehmenden im Parlament einbringen. (phf)

«Viele SVP-Sektionen war

Verluste SVP-Übervater Christoph Blocher sieht den Klima-«Hype», die Medien und bequeme Gefallen bereitet ihm dafür der Frauenzuwachs in seiner Partei – und der Erfolg seiner Tochter.



Seine Partei habe «besser als erwartet» abgeschnitten, sagt Christoph Blocher – dank Roger Köppels «hervorragendem» Wahlkampf. Foto: Dominique Meien

Fabian Renz und Beni Gafner

Herr Blocher, worüber haben Sie sich am Wahltag gefreut?

Nicht über vieles. Zunächst natürlich über Persönliches: über die grandiose Wiederwahl unserer Tochter Magdalena Martullo. Es wurde mit grosser Taktik alles getan, dass sie abgewählt wird, sodass auch ich davon überzeugt war. Freude habe ich auch über die Wahl von Esther Friedli, der Lebenspartnerin von Toni Brunner. In Solothurn habe ich mich über das Resultat des mutigen Walter Wobmann gefreut. In Obwalden über die Wahl von Monika Rüeegg.

In Solothurn und Graubünden schnitt die SVP gut ab. Warum?

Das Tessin, Obwalden, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden kommen noch dazu. All diese Kantonalparteien haben eine ausserordentlich seriöse Arbeit mit Grosseinsatz geleistet. Viele andere Sektionen waren zu träge.

Welche Sektionen meinen Sie?

Betrüblich ist vor allem unser Abschneiden in der Westschweiz. Das ist ein Problem, welches die Parteileitung prioritär angehen muss.

Vor allem das nationale Ergebnis ist bedenklich für die SVP. Ihr Wählerminus beträgt fast 4 Prozentpunkte.

Richtig. Zum Glück ist es weniger schlecht, als ich befürchtet habe. Auch habe ich nicht erwartet, dass alle Regierungspartei-

en verlieren werden. Die SP hat ihr schlechtestes Ergebnis eingefahren. Sie verlor im Kanton Zürich noch mehr als die SVP. Der Rückgang von FDP und CVP der letzten 20 Jahre hat sich leider fortgesetzt, obwohl sie sich angepasst haben. Aber ich prognostizierte für die SVP allein einen Einbruch von 10 Prozent.

Das taten Sie wirklich?

Ja, das ist nicht aus der Luft gegriffen. Ich weiss, gegen Massenhysterien, die ja im gesamten Westen grassieren, ist im Moment nicht anzukommen. Ich hätte nicht gedacht, dass die SVP eine so starke Partei bleiben würde, wie sie nun immer noch ist. Die Verluste sind schlimm, aber nicht katastrophal: Die SVP gewann 2015 elf Sitze, jetzt hat sie wieder zwölf verloren und ist zum sechsten Mal in Folge die stärkste Partei geworden. Das muss zuerst einer nachmachen! Und wichtig: Weil sie standhaft geblieben ist, ist sie nun glaubwürdig. Das ist wichtiger als ein Wahlerfolg.

Trotzdem: Ihr Wähleranteil war seit 1999 nicht mehr so tief. Sie müssen doch Lehren aus dem Debakel ziehen.

Er war schon 1999 sehr hoch. Interessant: Vor allem die Standhaften wurden wieder oder neu gut gewählt.

Das heisst, die SVP muss wieder oppositioneller werden?

Nicht oppositioneller. Standhaft, das Mitte-links-Parlament ist noch linker geworden. Jetzt

kommen dann die Gesetze mit grossen Lasten für die Bürger, eine EU-Einbindung, mehr Migrationsprobleme, Verbote und Gebote, die nichts nützen. Daher sind Referenden unausweichlich – etwa gegen die stetig neuen Lohnabzüge, Steuererhöhungen, mit denen man alles Mögliche finanzieren will. Plötzlich sollen alle weniger Lohn und höhere Abgaben bekommen, nur weil einer, der Vater wird, zwei Wochen mehr Ferien hat! Das sind sozialistische Konzepte. Wer wehrt sich eigentlich noch für die Leute, die von morgens früh bis abends spät arbeiten?

Das grosse Thema dieses Wahlkampfs war das Klima. Sollten Sie nicht langsam ernsthaftere Konzepte für dieses Problem entwickeln?

Das haben wir längst. Niemand hat etwas gegen ein gutes Klima oder eine saubere Umwelt. Aber es ist nicht nötig, deswegen die Menschen auszuhungern. All diese geplanten Steuern, Abgaben, Gebühren sind Programme für die Reichen. Die können es sich leisten. Aber nicht die Leute, die auf der Baustelle arbeiten, die auf das Auto und ihren Lohn angewiesen sind.

Die SVP machte sich über die «Klimahysterie» lustig. Das wirkte nicht so, als würden Sie das Thema ernst nehmen.

Ich habe solche Hypes schon oft erlebt. Beim Waldsterben hiess es noch: Der Wald stirbt jetzt. Da konnte dann jedermann feststellen, dass das nicht geschah. Im

Mittelalter hat man den Untergang des Menschen in die Ewigkeit verschoben. Jetzt prognostiziert man ihn auf 2050. Wie damals gibt es auch heute Ablasszahlungen.

Sie haben die Wissenschaft gegen sich. Dennoch tun Sie so, als wäre die menschengemachte Klimaerwärmung Humbug.

Umwelt und Klima werden gezwungenermassen durch das weltweite Bevölkerungswachstum und den weltweit steigenden Lebensstandard belastet. Darauf will ja niemand verzichten. Aber selbst wenn die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss auf null reduzierte, wäre der Einfluss auf das globale Klima minimal, aber alle wären dann verhungert.

Steht den Grünen nun ein Sitz im Bundesrat zu?

An der bewährten Konkordanz ist festzuhalten. Das würde bedeuten, dass die Grünen jetzt einen Bundesratsplatz auf Kosten der CVP erhielten. Doch ist ein einmaliger Erfolg genug? Was würde dann passieren, wenn die Grünen in vier Jahren wieder einbrechen? Die SVP war schon 1999 bezüglich der Wählerstärke weit über der CVP. Aber sie musste warten und wurde mit dem zweiten Bundesratsplatz lange hingehalten. Klar, wird die SVP, die wählerstärkste Partei, mit ihren bewährten Ueli Maurer und Guy Parmelin wieder antreten. Für den anderen Teil muss sie jetzt Gespräche mit den andern Parteien führen.

en zu träge»

Amtsträger als Schuldige für die Wahlniederlage.



berg

Ein paar Personalien. Stichwort Albert Rösti – soll er als SVP-Präsident abtreten?

Nein, er leistet gute Arbeit. Er hat sich sehr für die Partei engagiert.

Als die SVP im Frühjahr die Zürcher Kantonswahlen verlor, griffen Sie durch und wechselten die Parteileitung aus.

Die verlorenen Wahlen waren nicht der Grund, sondern lediglich der Anlass: Die Sektion war schon länger schlecht geführt. Das ist bei der Schweizer Partei nicht der Fall.

Stichwort Roger Köppel. Soll er nochmals als Zürcher Ständeratskandidat antreten?

Das ist zu prüfen, durch ihn und die Partei

Er würde FDP-Kandidat Ruedi Noser schwächen.

Es bleibt gut zu überlegen. Hat man eine Chance mit dem besten Kandidaten Köppel, oder muss man sich mit dem kleineren Übel begnügen, Noser oder den Grünen? Und welches ist das?

Was halten Sie von Köppels Wahlkampf?

Der war hervorragend. Wir wussten, dass dieser brillante Kopf nicht gewählt wird, denn Ständeräte müssen eingemittete Politiker sein. Aber er hat unsere Basis bei der Stange gehalten. Darum haben wir besser abgeschnitten als erwartet. SP-Ständerat Daniel Jositsch hat für seine Partei das Gegenteil erreicht. Ihm ging es um sein persönliches

Ergebnis, die Partei dagegen hat massiv verloren.

Stichwort Werner Salzman. Ist er eingemittelt genug, um im zweiten Wahlgang Berner SVP-Ständerat zu werden?

Ja. Eingemittelt ist kein negatives Urteil. Es braucht beides.

Mit der Themensetzung hatten Sie generell Mühe. Die Europa-Diskussion, die Sie entfachen wollten, zündete nicht.

Alle Parteien haben beschlossen, nicht darüber zu sprechen. Sie wussten, dass sie bei diesem Thema verlieren, wenn sie ihre wahren Pläne bekannt geben. Und ihr Medien habt alle voll mitgemacht – alle zusammen.

Wenn eine Partei verliert, sind immer die Medien schuld.

Das habe ich nicht gesagt. Aber ihr Medien habt Europa und die drohende Wirtschaftssituation nicht aufgenommen. Die tiefe Stimmbeteiligung in unseren Hochburgen bereitet mir Sorgen. Eine gewisse Resignation zeichnet sich ab, und für viele Leute ist das Abstimmungsverfahren zu schwierig.

Ist die Partei vielleicht auch einfach zu wenig gut auf die Post-Blocher-Ära vorbereitet?

Unsere Partei ist sehr gut aufgestellt. Schauen Sie nur all die Frauen an. Die Geschäftsfrauen Sollberger und Martullo an der Spitze; Monika Rüegger und Esther Friedli als Neue. Châpeau – ohne Frauenquote und Linksdral.

So viele Frauen wie noch nie sitzen neu im Nationalrat – und es könnten noch einige dazukommen

Frauenwahl 20 Frauen mehr als in der vergangenen Legislatur politisieren jetzt in der grossen Kammer. Der Frauenanteil klettert auf 42 Prozent.

Tim Wirth und Janine Hosp

Erst als die Resultate aus allen Kantonen vorlagen, zeigte sich das volle Ausmass dieser Frauenwahl: 84 Frauen politisieren neu im Nationalrat, was einem Frauenanteil von 42 Prozent entspricht. Das sind 10 Prozentpunkte mehr als bisher.

Dass der Frauenanteil derart angestiegen ist, ist nicht nur auf die Sitzgewinne zurückzuführen, sondern auch darauf, dass deutlich weniger Frauen abgewählt wurden. 31 Parlamentsmitglieder wurden nicht wiedergewählt, aber nur 4 davon sind Frauen.

Es dürften gar noch mehr Nationalrätinnen dazukommen. Laut Jessica Zuber, Projektleiterin von Alliance F, sind viele Frauen auf guten Listenpositionen, um in die grosse Kammer nachzurücken. Auch im Ständerat hätten viele Frauen im zweiten Wahlgang gute Chancen, um gewählt zu werden. Bis zu 11 Ständerätinnen könnten am Ende in der Chambre de Réflexion politisieren. Der Frauenanteil läge dann bei 23,9 Prozent.

Bezogen auf den Nationalrat erzielt die Schweiz im Vergleich mit Parlamenten anderer Länder einen guten Wert, was den Frauenanteil betrifft. Sie macht einen grossen Sprung von Platz 38 auf Platz 15, wie die Open-Data-Plattform Inter-Parliamentary Union zeigt. Neu ist der Frauenanteil im Nationalrat höher als in Deutschland oder in Frankreich. In Spanien und Schweden sind die Frauen beispielsweise aber noch besser vertreten.

Politische Schwergewichte ziehen ins Parlament ein

Einige der gewählten Frauen haben bereits grosse politische Erfahrung. Die Waadtländer Regierungsrätin und Neo-Nationalrätin Jacqueline de Quattro (FDP) profilierte sich als mutige Kämpferin für die Energiewende. Der Namen der Schweiz-Italienerin wurde auch schon bei Bundesratswahlen herumgerichtet.

Heidi Z'graggen (CVP), die vergangenes Jahr für den Bundesratsitz von Doris Leuthard kandidierte, schaffte den Sprung ins Bundeshaus trotzdem noch. Sie wurde für den Kanton Uri in den Ständerat gewählt. Als Vorsteherin der Justizdirektion war sie unter anderem daran beteiligt, dass der ägyptische Investor Samih Sawiris in Andermatt ein Tourismusresort eröffnete.

Ebenfalls national politisch bekannt ist Eva Herzog (SP), die



War als Bundesrätin im Gespräch: Jacqueline de Quattro von der FDP.



Verdrängte zwei Bisherige: Esther Friedli von der SVP.



Die erste Zuger Nationalrätin: Manuela Weichelt-Picard von den Grünen.



Jung und für Provokationen gut: Tamara Funicello von der SP. Fotos: Keystone

mit einem Glanzresultat für Basel-Stadt in den Ständerat einzieht. Sie ist Finanzdirektorin in Basel und über die Parteigrenzen hinaus hoch angesehen.

Historisches gelang derweil der Grünen Manuela Weichelt und der neuen SVP-Nationalrätin Monika Rüegger. Sie sind die ersten Frauen, die für die Kantone Zug und Obwalden in den Na-

«Vor allem Frauen von bürgerlichen Parteien weichen eher mal von der Parteilinie ab.»

Fabrizio Gilardi
Professor für Politikwissenschaft

tionalrat einziehen. Weichelt ist seit 2007 Zuger Regierungsrätin und war für zwei Jahre Frau Landammann. Rüegger setzte sich in Obwalden hauchdünn gegen den CVpler Peter Krumenacher durch. Dabei war sie im Vorfeld der Wahlen parteiintern noch stark umstritten.

Auch Frauen, die auf hinteren Listenplätzen kandidierten, re-

üssierten. Anna Giacometti hat vom vierten Listenplatz aus den einzigen Bündner FDP-Sitz geholt. Sie ist die Präsidentin von Bregaglia, der Gemeinde, die durch den Bergsturz am Piz Cengalo national bekannt wurde. In Bern vertritt sie das italienischsprachige Graubünden und will sich vor allem für die Lebensbedingungen der Bergbevölkerung einsetzen.

Die St. Galler SVP-Politikerin Esther Friedli verdrängte zwei Bisherige. Sie ist die Freundin des früheren SVP-Präsidenten Toni Brunner und will, dass der Staat nicht immer mehr wächst.

Auch bei den Ständeratswahlen gab es eine grosse Überraschung. Die Grüne Céline Vara setzte sich gegen den politisch erfahrenen Fabien Fivaz durch, der den Sitz für die SP verteidigen wollte. Vara politisiert laut der NZZ mit klassenkämpferischen Parolen und fordert eine Anpassung des Kapitalismus. Mit ihren 35 Jahren ist sie eine der Jüngsten im Ständerat.

Noch keine 30 Jahre alt und neu im Parlament sind Tamara Funicello, Meret Schneider und Franziska Ryser. Tamara Funicello ist eine kämpferische Feministin und war Juso-Präsidentin. Während des diesjährigen

Wahlkampfes verteilte sie Vibratoren, um auf die Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann aufmerksam zu machen. Meret Schneider und Franziska Ryser zogen für die Zürcher und die St. Galler Grünen in den Nationalrat ein.

Die Debattenkultur könnte sich verändern

Der Frauenanteil bei der FDP ist mit 14,5 Prozentpunkten am stärksten gestiegen, auch, weil bei den Freisinnigen vorher nur jede fünfte Person im Nationalrat eine Frau war. Danach folgen die GLP, die SVP und erst dann die Grünen und die SP. Nur bei der CVP politisieren weniger Frauen als noch in der vergangenen Legislatur.

Fabrizio Gilardi, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich, sagt: «Vor allem Frauen von bürgerlichen Parteien weichen eher mal von der Parteilinie ab, besonders bei Gleichstellungsthemen wie der Elternzeit.» In den Kommissionen könnte sich zudem die Debattenkultur verändern. Wie das aussehen kann, hat Alt-Bundesrätin Doris Leuthard beschrieben. «Mit der Frauenmehrheit im Bundesrat haben wir mutigere Entscheide gefällt», sagte Leuthard. Allgemein habe sie die Erfahrung gemacht, dass sich Frauen in Exekutivämtern weniger in ein parteipolitisches Korsett stecken liessen als Männer.

Für die Frauenwahl sind laut Politologin Gilardi die vielen Kandidatinnen verantwortlich. Auch hätten die Frauen von den Wählern einen gewissen Bonus erhalten. Im Durchschnitt holten sie 378 Stimmen mehr als ihre männlichen Kollegen.

Yvonne Schärli, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, schätzt den Einfluss der Frauen auf die Politik ähnlich ein wie Fabrizio Gilardi. «Auch Nationalrätinnen bleiben meist ihren parteipolitischen Werthaltungen treu», sagt sie. Doch sie seien durch ihre Sozialisierung und den beruflichen Hintergrund geprägt. Gesellschaftspolitischen Fragen und ökologischen Themen gegenüber seien Frauen eher offen als Männer.

«Endlich sind die Frauen in der Schweizer Politik besser vertreten», sagt Schärli. Jetzt müsse sich dieser Schwung auf die kantonalen Wahlen übertragen. Und irgendwann solle es selbstverständlich sein, dass die Hälfte jedes Parlaments weiblich ist.

Jung, grün und urban

Die Schweiz hatte die Wahl: Sie konnte aus 4652 Kandidatinnen und Kandidaten ein neues Parlament zusammenstellen. Das Resultat: Der Nationalrat ist so jung, so grün, so weiblich und so urban wie noch nie.

Das neue Parlament ist mit 49 Jahren deutlich jünger als das bisherige, das bei Amtsantritt bereits 54 Jahre alt war. Die Frauen sind mit einem Durchschnittsalter von 48 Jahren jünger als die Männer (50 Jahre) – diese haben meist Jean-Pierre Grin (72) oder Daniel Brélaz (69) einige unter sich, die das Durchschnittsalter

anheben. Der Jüngste ist mit 25 Jahren der Freisinnige Andri Silberschmidt, Samira Marti (SP) ist nur einen Monat älter.

Verjüngend wirken die linken und grünen Parteien: Das Durchschnittsalter ihrer Mitglieder liegt durchweg unter 50 Jahren, jenes der Bürgerlichen darüber. Die jüngste Partei sind die Grünen (45), die älteste die BDP (56).

Das Parlament hat sich aber auch deshalb verjüngt, weil einige Jungpolitiker ältere Nationalräte aus dem Rennen geworfen haben: Silberschmidt (25) holte sich in Zürich den Sitz von Hans-

Ulrich Bigler (61), Tamara Funicello (29) in Bern jenen von Corrado Pardini (54). Und die Grüne Franziska Ryser (28) verhinderte in St. Gallen die Rückkehr von Yvonne Gilli (62).

Die Wählerschaft setzte auch ein Parlament zusammen, das ihr eher entspricht. Es sind weniger Bauern dabei als vor vier Jahren (11 statt 15) und weniger Anwälte (30 statt 42). Dafür ist mit den grünen Parteien die Gruppe jener gewachsen, die sich mit Umwelt oder Energietechnologie beschäftigen. Gut vertreten sind Unternehmer oder Vertreter von

Verbänden und Organisationen. Am grössten aber ist die Gruppe der Berufspolitiker: 41 Ratsmitglieder geben an erster Stelle ihr Mandat im Nationalrat oder in ihrer Wohngemeinde an. Nur wenige üben derweil noch einen bodenständigen Beruf aus, etwa Braumeister Alois Gmür (CVP) oder Kaminfeger Bruno Walliser (SVP). Auch der Wohnort der Gewählten folgt dem Trend in der Bevölkerung: Es wohnen mehr Ratsmitglieder in Städten und weniger auf dem Land.

Janine Hosp und Tim Wirth